

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 35. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. September 2011, 19:00 Uhr,
im Hanse-Office in Brüssel

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hauke Götttsch (CDU)	
Niclas Herbst (CDU)	
Dr. Christian von Boetticher (CDU)	i.V. von Markus Matthießen
Heiner Rickers (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	i.V. von Wilfried Wengler
Rolf Fischer (SPD)	
Anette Langner (SPD)	
Jens-Uwe Dankert (FDP)	
Kirstin Funke (FDP)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Anke Spoorendonk (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel	4, 11
2. Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen	5
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1072	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1175	
3. Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein umsetzen	7
4. a) Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013	8
b) Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft	
5. Koordination der schleswig-holsteinischen Initiativen in Archangelsk	9
6. Vereinbarung von Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union	10
7. Veranstaltung im Zusammenhang mit der polnischen EU-Ratspräsidentschaft	11
8. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	12
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 zwecks Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen unter außergewöhnlichen Umständen (KOM(2011)560 endgültig)	
- Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands (KOM(2011)559 endgültig)	
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) (KOM(2011)522 endgültig)	
9. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Europaausschuss beschloss zu Beginn seiner Sitzung am Mittwochabend, den Antrag der Fraktionen von SSW und SPD betr. Stellungnahme des Landtages zur Dänemark-Strategie, [Drucksache 17/1358](#) (neu), und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/1561](#), sowie den Antrag der Fraktion der SPD betr. Dänische EU-Ratspräsidentschaft nutzen, [Drucksache 17/1478](#), von der Tagesordnung abzusetzen. Ebenfalls abgesetzt wurde der Gesetzentwurf der Fraktion des SSW zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich, [Drucksache 17/522](#). Der Ausschuss billigt die Tagesordnung in der geänderten Fassung.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel

Ein Kurzbericht befindet sich in Anlage 1.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1072](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1175](#)

(überwiesen am 27. Januar 2011)

hierzu: [Umdrucke 17/2057, 17/2058, 17/2064, 17/2068, 17/2091, 17/2286, 17/2301, 17/2313, 17/2334, 17/2335, 17/2354, 17/2358, 17/2380, 17/2381](#)

Abg. Herbst erläutert den von den Fraktionen von CDU und FDP als Tischvorlage vorgelegten Änderungsantrag, [Umdruck 17/2807](#). Der Ursprungsantrag gehe von zu optimistischen Annahmen aus. Vor der Konzeption und Implementierung einer Nordseestrategie müssten die Landesregierung und das Landesparlament zunächst die Schwerpunkte Schleswig-Holsteins in der Nordseekooperation diskutieren und benennen.

Abg. Fischer betont, dass die Nordseestrategie nicht einfach auf Meerespolitik und eine Meeresbeckenstrategie reduziert werden könne. Sie müsse gleichfalls Aspekte wie Kultur, Bildung u.a. umfassen. Insofern sei der der SPD Antrag im Vergleich zum Änderungsantrag von CDU und FDP weitreichender.

AL Augustin bemerkt, das Thema Nordseestrategie stehe momentan nicht auf der Agenda der EU. Selbst eine Meeresbeckenstrategie würde gegenwärtig nicht von den Mitgliedstaaten unterstützt. Bei den Überlegungen zu einer Nordsee-Strategie handele es sich überwiegend um regionale Ansätze.

Abg. Dr. von Boetticher weist darauf hin, dass politische Strategien i.d.R. auf Initiative einer an dem jeweiligen Thema interessierten EU-Ratspräsidentschaft durchgesetzt würden. Ohne ein solches Interesse bestehe wenig Aussicht auf Erfolg.

Abg. Spoorendonk schlägt vor, zunächst mit einer Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene zu beginnen, die langfristig in eine übergeordnete Nordsee-Strategie münden könne. Die An-

sätze der vorliegenden Anträge stünden nicht in Widerspruch zueinander, sondern würden lediglich in zeitlicher Hinsicht unterschiedliche Perspektiven aufzeigen.

Nach ausführlicher Diskussion verständigt sich der Europaausschuss, den Antrag der Fraktion der SPD betr. Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen, [Drucksache 17/1072](#), den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1175](#), und den als Tischvorlage vorgelegten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP bis zur nächsten Sitzung mit dem Ziel zu vertagen, möglichst einen fraktionsübergreifenden Antrag zu formulieren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/670](#)

(überwiesen am 10. September 2010 an den **Europaausschuss** und an den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/2527](#)

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD zur Europäischen Kulturstrategie, [Drucksache 17/670](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Ablehnung. Der SSW begründet sein Abstimmungsverhalten mit der nicht ausreichenden Berücksichtigung der Regional- und Minderheitensprachen.

Punkt 4 der Tagesordnung

a) Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1071](#)

**b) Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013:
Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Land-
wirtschaft**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1176](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1229](#)

(überwiesen am 28. Januar 2011 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und
den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/1912, 17/1916, 17/1920, 17/1924, 17/1946, 17/2046,](#)
[17/2129, 17/2162, 17/2175, 17/2176, 17/2242, 17/2251,](#)
[17/2255, 17/2325, 17/2404, 17/2418, 17/2528, 17/2616](#)

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, den Antrag der Fraktion der SPD betr. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013, [Drucksache 17/1071](#), abzulehnen. Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und SSW, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft, [Drucksache 17/1229](#), abzulehnen. Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss weiterhin mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft, [Drucksache 17/1176](#), abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Koordination der schleswig-holsteinischen Initiativen in Archangelsk

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1447](#)

(überwiesen am 27. Mai 2011)

Den Antrag der Fraktion der SPD betr. Koordination der schleswig-holsteinischen Initiativen in Archangelsk, [Drucksache 17/1447](#), empfiehlt der Ausschuss ohne weitere Aussprache dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zur Ablehnung.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Vereinbarung von Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union

L Dr. Schliesky verteilt die vom Kabinett gebilligte aktuelle Fassung der Vereinbarung als Tischvorlage und weist auf die von der Landesregierung eingefügte Änderung hin:

Zu Punkt A Hintergrund wurde in Absatz 3 in der drittletzten Zeile die Formulierung „unbeschadet der jeweiligen verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten“ neu eingefügt. Der Text lautet nun: „... schließen der Schleswig-Holsteinische Landtag ... und die Schleswig-Holsteinische Landesregierung ... zur Durchführung der Bestimmungen des PIG, insbesondere §§ 9 und 10, unbeschadet der jeweiligen verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten folgende Vereinbarung für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union:“.

Der Europaausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, der Vereinbarung von Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union zuzustimmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Veranstaltung im Zusammenhang mit der polnischen EU-Ratspräsidentschaft

Der Ausschussvorsitzende stellt den Programmentwurf der am 27. Oktober 2011 vom Europaausschuss gemeinsam mit der Europa-Union und der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein geplanten Veranstaltung zu dem Thema „Eine starke Außenpolitik für Europa?“ vor.

Der Europaausschuss beschließt, die Veranstaltung zur polnischen EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Europa-Union und der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein durchzuführen und sich hälftig bis zu einem Betrag von maximal 500 € an den Kosten der Veranstaltung zu beteiligen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 zwecks Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen unter außergewöhnlichen Umständen (KOM(2011)560 endgültig)**

[Umdruck 17/2778](#)

- **Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands (KOM(2011)559 endgültig)**

[Umdruck 17/2777](#)

- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) (KOM(2011)522 endgültig)**

[Umdruck 17/2776](#)

AL Augustin verweist im Zusammenhang mit den beiden Dokumenten, die sich auf die Binnengrenzen und den Schengen-Besitzstand (Außengrenzen) beziehen, auf Artikel 77 Abs. 1 AEUV hin. Diese Vorschrift regelt, dass die Union eine Politik entwickelt, mit der sichergestellt werden soll, dass Personen beim Überschreiten einer Binnengrenze nicht kontrolliert werden, die Personenkontrolle und die wirksame Überwachung des Grenzübertritts an den Außengrenzen sichergestellt und schrittweise ein integriertes Grenzschutzsystem an den Außengrenzen eingeführt werden soll.

Artikel 72 AEUV begrenzt Artikel 77 AEUV, indem er ausführt, dass der Titel V über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nicht die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit berührt.

Folglich muss eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vorgenommen werden. Während das Auswärtige Amt sich der Linie der Kommission anschließt, neigt das Bundesinnenministerium dazu, dass hier ein subsidiärer Ansatz zum Tragen kommt.

Nach ausführlicher Diskussion beschließt der Ausschuss vor dem Hintergrund der Aktualität von Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland und dem besonderen landespolitischen Interesse beim Binnenmarktinformationssystem (jede Kommunalverwaltung in Schleswig-Holstein dürfte durch die Überwachung von Gewerbetreibenden, die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und die datenschutzrechtlichen Bestimmungen betroffen sein) die Landesregierung um eine Stellungnahme zu allen drei Dokumenten innerhalb der jeweils laufenden Frist für das Frühwarnsystem zu bitten.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 21.00 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Jutta Schmidt Holländer
Protokollführerin